

Nr.	Ort	Art des Baues usw.	Ursprünglicher Kostenanschlag	Ursprünglich vom Landtag bewilligt	Bis Ende März 1920 borausichtlich verausgabt	Borausicht- lich noch erforderlicher Betrag	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6	7	8

IV. Hauptausstattungsgegenstände

19	Stuttgart	Bespannbare Fahrzeuge	89 360	89 360*)	20 080	70 000	*) Posthaushaltplan 1918. Bauspende-Bieferung. Abminderung um rückständige Lieferungen.
20		Papiergarn-Gelbbeutel	48 000	48 000*)	—	50 000	
21		Einführung der elektrischen Beleuchtung beim Postamt Nr. 1 in Stuttgart.	97 000	97 000*)	52 000	60 000	
Summe IV				184 360	72 080	180 000	

Zusammenstellung

I. Hochbauten	4 100 000	2 400 000	15 050 000
II. Telegraphen- und Fernsprechanlagen ...	8 500 000	3 471 200	58 925 000
III. Kraftfahrwesen	2 600 000	1 872 000	3 215 000
IV. Hauptausstattungsgegenstände	184 360	72 080	180 000
Gesamtsumme	15 384 360	7 815 280	74 370 000

(Nr. 7463) Verordnung über die Zuständigkeit der Post- und Telegraphenbehörden in Bayern und Württemberg. Vom 29. April 1920.

§ 1

Soweit nach Übernahme der bayerischen und der württembergischen Post- und Telegraphenverwaltung durch das Reich auf dem Gebiete des Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesens noch bisherige landesrechtliche Bestimmungen Bayerns oder Württembergs vorläufig in Geltung bleiben (§ 10 Abs. 1 erster Satz der Staatsverträge zwischen dem Deutschen Reiche und dem Freistaat Bayern sowie dem Freien Volksstaat Württemberg über den Übergang der Post- und Telegraphenverwaltungen Bayerns und Württembergs an das Reich sowie unter „Allgemeines“ der zugehörigen Schlußprotokolle, Reichs-Gesetzbl. S. 643), gilt wegen der Zuständigkeit der in Betracht kommenden Post- und Telegraphenbehörden folgendes:

A. Landesrechtliche Bestimmungen Bayerns

1. Die bisherigen Zuständigkeiten des Bayerischen Staatsministeriums für Verkehrsangelegenheiten gehen auf den Reichspostminister und soweit die Voraussetzungen des Schlußprotokolls zu § 4 erster Absatz vorliegen, auf die Abteilung des Reichspostministeriums in München über.

2. Die Zuständigkeiten der Ober-Postdirektionen, der Post- und Telegraphenanstalten und der sonstigen Dienststellen bleiben bis auf weiteres unverändert.

B. Landesrechtliche Bestimmungen Württembergs

Die bisherigen Zuständigkeiten des Württembergischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten oder der Generaldirektion der Württembergischen Posten und Telegraphen gehen auf den Reichspostminister (Reichspostministerium) und, soweit die Voraussetzungen des Schlußprotokolls zu § 4 erster Absatz vorliegen, auf die Ober-Postdirektion in Stuttgart über, in legerem Falle aber nur insoweit, als es sich nicht um Angelegenheiten handelt, die nach Reichsrecht von der obersten Reichsbehörde erledigt werden müssen.

2. Die Zuständigkeit der Post- und Telegraphenanstalten und der sonstigen Dienststellen bleiben bis auf weiteres unverändert.

§ 2

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 29. April 1920.

Der Reichspostminister

Giesberts